

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 14. Dezember 1977

am Donnerstag, dem 15. Dezember 1977

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	19, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	14, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	17, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	2, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	5, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	8, 31 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	9, 32 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	10, 33 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	12, 36 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	12, 37 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	2, 38 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	13, 38 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	2

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

1. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung darstellen, wie sich die Förderung des Landarbeiterwohnungsbaus seit der Einbeziehung dieser Maßnahmen in die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ entwickelt hat?
2. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Haben sich die Förderungskonditionen für den Landarbeiterwohnungsbau mit der Einbeziehung in die Gemeinschaftsaufgabe geändert, und wenn ja, in welcher Form?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

3. Abgeordneter
Dr. Schwarz-Schilling
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, bei der Hergabe von Kapitalhilfen für Entwicklungsländer auch in Zukunft an dem Prinzip der Auftragsungebundenheit festzuhalten?
4. Abgeordneter
Dr. Schwarz-Schilling
(CDU/CSU) In welcher Größenordnung wurden durch dieses Prinzip in den asiatischen Entwicklungsländern Aufträge durch deutsche Kapitalhilfe finanziert, die von anderen Industrieländern ausgeführt worden sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

5. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Welche Mengen an Uran könnten in der Bundesrepublik Deutschland aus den Phosphatmengen gewonnen werden, die in der Bundesrepublik Deutschland verarbeitet werden?
6. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Welche Mengen an abgereichertem Uran fallen bis 1990 voraussichtlich in der Bundesrepublik Deutschland an, und werden diese auch effektiv hier gelagert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

7. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU) Welchen Zweck verfolgt die Bundesregierung mit der Einschränkung staatlicher Bürgschaften für Exporte nach Südafrika?
8. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, Maßnahmen im Bereiche des Außenhandels auch gegenüber Ländern des Sowjetblocks einzuleiten, soweit und solange dort Menschenrechte gegenüber eigenen und gegenüber deutschen Staatsbürgern verletzt werden?

9. Abgeordneter
Männing
(SPD) Welche Erwägungen haben die Bundesregierung geleitet, während der Tagung des Europäischen Rats am 5. und 6. Dezember 1977 in Brüssel einer wesentlichen Aufstockung der Mittel für den europäischen Regionalfonds nach anfänglicher Weigerung nachzugeben?
10. Abgeordneter
Männing
(SPD) Inwieweit konnte bei den Regionalfondsverhandlungen mit den EG-Partnern der Beschluß des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages vom 23. November 1977, wonach die Dotierung des Regionalfonds der Europäischen Gemeinschaften nicht erhöht werden sollte, solange nicht ein Vorprüfungsverfahren von Einzelprojekten, die Vorlage von regionalen Entwicklungsplänen und eine Erfolgskontrolle den Einsatz erhöhter Mittel rechtfertigen, zur Geltung gebracht werden?
11. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die sehr eindeutigen Empfehlungen des jüngsten Jahresgutachtens des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Drucksache 8/1221) im Hinblick auf § 2 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, wonach der Sachverständigenrat „keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen“ darf, und will die Bundesregierung die diesbezüglich von der IG Metall geforderten Konsequenzen ziehen?
12. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung das gegen das RWE eingeleitete Kartellamtsverfahren, und reichen die wettbewerbspolitischen Instrumente in diesem Fall aus oder müssen zusätzlich energiepolitische Instrumente geschaffen werden?
13. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) In welcher Weise soll die Bezahlung der an die DDR verkauften VW-Automobile erfolgen?
14. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) Sind bei dem VW-Liefervertrag mit der DDR auch Abmachungen getroffen über die Verlagerung von Zubringerteilefertigungen in die DDR für die hiesige Automobilindustrie, und wenn ja, in welchem Umfang?
15. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Wie hoch beziffert die Bundesregierung das Potential industrieller Stromreserven in Form ungenutzten Wasserdampfs bzw. „Wärmemülls“, und durch welche technologiepolitischen und wettbewerbspolitischen Maßnahmen wird die Bundesregierung einen Beitrag zur Erschließung dieser Stromreserven leisten?
16. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die Nutzung der vorhandenen industriellen Stromkapazitäten wettbewerbspolitisch allein durch die Mißbrauchsaufsicht des Bundeskartellamts sichergestellt werden kann?
17. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß zwischen Argentinien und Chile Spannungen bestehen, die zu einer militärischen Auseinandersetzung führen könnten, und wenn ja, hält die Bundesregierung in Anbetracht dieser Situation die Übernahme einer Bürgschaft zur Lieferung von U-Booten für gerechtfertigt?

18. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Ist es richtig, daß es sich bei dem U-Bootstyp um ein schwedisches Modell handelt und auf einer deutschen Werft nur die U-Bootshülle für ein Boot gebaut wird, und wenn ja, wie erklärt sich dann die Höhe der Bürgschaft von 340 Millionen DM?
19. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung entgegen ihren auch in jüngster Zeit wiederholten Erklärungen einer Hermes-Bürgschaft für den Export von Kriegswaffen nach Südamerika zugestimmt, und wie weit will die Bundesregierung in Zukunft darauf verzichten, den Rüstungswettlauf zwischen Entwicklungsländern durch Hermes-Bürgschaften zu fördern?
20. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Welche Regierungsstellen waren zu welchem Zeitpunkt mit dem Problem befaßt, und wie haben sie es beurteilt?
21. Abgeordneter
von der Heydt
Freiherr von Massenbach
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Feststellung des Sachverständigenrats, daß „die Arbeitslosenzahlen für sich genommen nur einen unzureichenden Eindruck vom tatsächlichen Ausmaß der Unterbeschäftigung vermitteln“ und daß „die Unterbeschäftigung 1977 – ähnlich wie in den beiden Jahren zuvor – einen Umfang von möglicherweise mehr als dem Andert-halb-fachen der ausgewiesenen Arbeitslosigkeit hatte“?
22. Abgeordneter
von der Heydt
Freiherr von Massenbach
(CDU/CSU) Welche reale Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung und der angenommenen Produktivitätsentwicklung ist erforderlich, um neue Arbeitsplätze zu schaffen?
23. Abgeordnete
Frau Pieser
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, daß angesichts des „massiven Impulses“, der von dem stark ansteigenden Defizit aller öffentlichen Haushalte im Jahr 1978 ausgeht, für eine „noch expansivere Ausgabenpolitik kein Anlaß besteht“ (Textziffer 421 des Sachverständigengutachtens)?
24. Abgeordnete
Frau Pieser
(CDU/CSU) Welche Auswirkungen hat die neue Steuerschätzung für die mittelfristige Finanzplanung des Bundes für die Jahre bis 1981, insbesondere wie werden sich auf Grund der geänderten gesamtwirtschaftlichen Annahmen die Defizite und die Neuverschuldung des Bundes in den Jahren bis 1981 aus heutiger Sicht erhöhen?
25. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, entsprechend den Vorstellungen des Sachverständigenrats (Textziffer 452) die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit von Klein- und Mittelbetrieben direkt oder indirekt stärker zu fördern, gegebenenfalls durch welche Maßnahmen?
26. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung weitere steuerliche Maßnahmen zur Stärkung der Investitionen entsprechend den Anregungen des Gutachtens des Sachverständigenrats für notwendig?

27. Abgeordneter
Dr. Langner
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung aus heutiger Sicht die Feststellung des wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium, „Der Beirat hätte es begrüßt, wenn die Bundesregierung von der im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vorgesehenen 10 prozentigen linearen Steuersenkung Gebrauch gemacht hätte, und wenn zugleich das Gesetzgebungsverfahren für eine strukturelle Reform des Steuertarifs in die Wege geleitet worden wäre, zumal eine periodische Anpassung des Einkommensteuertarifs an die Inflations- und Realeinkommensentwicklung ohnehin notwendig ist. Bei einer Steuersenkung nach Maßgabe des Stabilitätsgesetzes hätten die Wirkungen bereits ab 1. Oktober 1977 einsetzen können“?
28. Abgeordneter
Dr. Langner
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß das derzeitige konjunkturelle Instrumentarium des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes ausreicht oder um zusätzliche Instrumente, wie z. B. zwangsweise Investitionsrücklage, Aktivreserve usw. (Beschlüsse des SPD-Parteitags 1977), ergänzt werden muß?
29. Abgeordneter
Lampersbach
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in zunehmendem Maße regierungsamtliche Stellen von Mitgliedstaaten der europäischen Gemeinschaft im Medienbereich ihrer Länder gezielt darauf hinwirken, daß Wirtschaft und Verbraucher nur noch im eigenen Land erzeugte Güter kaufen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
30. Abgeordneter
Lampersbach
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch derartiges Verhalten protektionistischen Entwicklungen Vorschub geleistet wird, die der Idee „Europa“ zuwiderlaufen, und wenn ja, was wird sie gegen dieses Verhalten unternehmen?
31. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Trifft der Bericht des „Spiegel“ Nr. 50/75 zu, nach dem die Elektrizitätsversorgungsunternehmen ihre Monopolstellung mißbrauchen, indem sie industrielle Stromeigenerzeuger durch überhöhte Preise von der Verstromung ungenutzten Heißdampfs abhalten, und entsprechen die in diesem Bericht genannten Zahlenangaben über eine zusätzliche Stromreserve von 10 000 Megawatt den Tatsachen?
32. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Welche Maßnahmen, insbesondere gesetzlicher Art, plant die Bundesregierung, um den Mißbrauch der Monopolstellung der Elektrizitätsversorgungsunternehmen abzustellen, insbesondere im Hinblick auf überhöhte Leitungskosten, überzogene Preise für Stromeigenerzeuger und andere monopolistische Verhaltensweisen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

33. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Hat sich nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung eine Reihe von Großunternehmen durch Umwandlung der Rechtsform oder organisatorische Maßnahmen der Anwendung des Mitbestimmungsgesetzes entzogen, wie aus Pressemeldungen ersichtlich, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um ein solches Unterlaufen des Mitbestimmungsgesetzes zu verhindern?

34. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Würde nach Ansicht der Bundesregierung eine Einbeziehung der Zuschläge für Überstunden, Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit in das beitragspflichtige Einkommen der Arbeitnehmer unter Berücksichtigung eines hieraus resultierenden erhöhten Rentenanspruchs zu einer dauerhaften Sanierung der Rentenversicherung beitragen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
35. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Zulässigkeit einer Anzeige des Arbeitsamts Aschaffenburg im zentralen Stellenanzeiger der Bundesanstalt für Arbeit Nr. 45/1977, in der ein Heimleiter mit möglichst sozialdemokratischer Gesinnung gesucht wird?
36. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob am Bundessozialgericht mehr Kündigungsschutzverfahren mit längeren Wartezeiten anhängig sind, und welche Verbesserungen sind gegebenenfalls aus einer Novellierung des Kündigungsschutzgesetzes bzw. einer besseren personellen Ausstattung des Bundesarbeitsgerichts zu erwarten?
37. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD)
- Wie kann die Bundesregierung sicherstellen, daß Frauen bei der Berufsfindung und Arbeitsvermittlung verstärkt für sogenannte typische Männerberufe interessiert werden, und wieviel zusätzliche Stellen müßten für diese Aufgabe bei der Bundesanstalt für Arbeit zusätzlich bereitgestellt werden?
38. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD)
- Welches sind nach Auffassung der Bundesregierung die Gründe für die Tatsache, daß erheblich weniger Frauen als Männer an Maßnahmen der Arbeitsämter zur Umschulung und Fortbildung teilnehmen und sich dieses Zahlenverhältnis umso ungünstiger gestaltet, je qualifiziertere und längere Maßnahmen angeboten werden und daß diese Maßnahmen eher dazu beigetragen haben, die geschlechtsspezifischen Verzerrungen auf dem Arbeitsmarkt zu versteinern, und wie kann hier Abhilfe geschaffen werden?
39. Abgeordnete
Frau Traupe
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der überproportionalen Frauenarbeitslosigkeit und der Konzentration von Frauen auf nur wenige Berufs- und Tätigkeitsbereiche?
40. Abgeordneter
Franke
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen ergeben sich aus der gegenüber den bisherigen Vorausschätzungen bis 1981 tatsächlich eingetretenen Arbeitslosenzahlen und Lohnannahmen für die Finanzen der gesetzlichen Rentenversicherung und der Bundesanstalt für Arbeit?
41. Abgeordneter
Franke
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung weiterhin an der Aussage der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 16. Dezember 1976 festhalten, „Es wird kein Krankenversicherungsbeitrag der Rentner eingeführt.“?
42. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung von Praktikern der Seefahrt, daß Inhaber des seemannischen AM-Patents „mehr können als sie dürfen“, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

43. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die bei der Bundesanstalt für Arbeit registrierten offenen Stellen grundsätzlich geschlechtsneutral erfassen zu lassen und erforderlichenfalls die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen, daß die Stellenangebote durch die Arbeitgeber grundsätzlich geschlechtsneutral erfolgen müssen?
44. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß geschlechtsspezifisch angebotene Stellen durch Mitarbeiter der Bundesanstalt für Arbeit auf ihre Stichhaltigkeit hin überprüft werden sollten, und hält sie für diese Intensivierung der Vermittlungstätigkeit die gegenwärtige Mitarbeiterzahl für ausreichend, oder wieviel zusätzliche Stellen wären hierfür erforderlich?
45. Abgeordnete
**Frau
Dr. Däubler-
Gmelin**
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Mittel aus dem europäischen Sozialfonds zur Entzerrung des geschlechterspezifisch geteilten Arbeitsmarkts stärker als bisher für deutsche Unternehmungen nutzbar zu machen?
46. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hartenstein**
(SPD)
- Welche Pläne hat die Bundesregierung, um das gegenwärtige Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen nennenswert zu erhöhen, und in welchem Zeitraum könnten diese Pläne verwirklicht werden?
47. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hartenstein**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß die Bundesanstalt für Arbeit zur leichteren Vermittlung von Teilzeitarbeit suchenden Frauen Trainingslehrgänge einrichtet und geeignete Frauen anschließend als Zeitpersonal vermittelt, gegebenenfalls unter Übernahme der Arbeitgeberfunktion?
48. Abgeordnete
**Frau
Eilers
(Bielefeld)**
(SPD)
- Bestehen von seiten der Bundesregierung Bedenken, gegebenenfalls durch Lohnkostenzuschüsse den Firmen einen Anreiz dafür zu geben, langfristig arbeitslose Frauen einzustellen und auf Dauer zu beschäftigen?
49. Abgeordneter
Thüsing
(SPD)
- Ist der Bundesregierung eine Untersuchung der von den Vereinten Nationen unterstützten „Bewegung gegen Rassismus, Antisemitismus und für den Frieden“ bekannt (Frankfurter Rundschau vom 29. November 1977), wonach es seit September 1976 42 Zusammenkünfte von faschistischen Organisationen auf europäischer Ebene gegeben hat, und ist die Bundesregierung bereit, mit anderen westeuropäischen Regierungen und der US-Regierung zusammenzuarbeiten, um die Kooperation von faschistischen Organisationen aus der Bundesrepublik Deutschland mit Gleichgesinnten aus Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Italien, Belgien und Argentinien zu unterbinden und künftig derartige Treffen zu verhindern?
50. Abgeordneter
Dr. Linde
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang im Rahmen der arbeitsmarktpolitischen Strukturmaßnahmen Mobilitätzulagen gewährt worden sind, und wie lauten die Zahlen nach Frauen und Männern getrennt aufgeschlüsselt?

- | | |
|--|--|
| 51. Abgeordneter
Dr. Linde
(SPD) | Wie viele arbeitslose Frauen und Männer konnten bisher durch ABM-Maßnahmen der Bundesregierung vermittelt werden, um welche Maßnahmen im einzelnen handelte es sich dabei, und liegen der Bundesregierung auch regional aufgeschlüsselte Erfolgsziffern von ABM-Maßnahmen vor? |
| 52. Abgeordneter
Jahn
(Marburg)
(SPD) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, bei der Einstellung von Frauen in sogenannte „typische Männerberufe“ den Betrieben Eingliederungshilfen zu gewähren? |
| 53. Abgeordneter
Jahn
(Marburg)
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß Frauen – insbesondere in Klein- und Mittelbetrieben – deshalb häufig nicht eingestellt werden, weil die erforderlichen zusätzlichen Sozialräume und sanitären Anlagen fehlen, und was gedenkt sie zu tun, um diesem Zustand abzuhelpfen? |
| 54. Abgeordneter
Geisenhofer
(CDU/CSU) | Inwiefern wird bei der Nachwuchsschulung im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit auf das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit eingegangen, und welche „Lernhilfen“ gibt es zu diesem Thema? |
| 55. Abgeordneter
Wohlrabe
(CDU/CSU) | Wie verändern sich die Annahmen hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Arbeitslosigkeit gegenüber den beim Rentenanpassungsbericht 1977 und beim mittelfristigen Finanzplan für die Jahre bis 1981 zugrundegelegten Annahmen auf Grund der tatsächlichen Entwicklung im Jahr 1977 und der aus heutiger Sicht für 1978 erwarteten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt? |
| 56. Abgeordneter
Wohlrabe
(CDU/CSU) | Rechnet die Bundesregierung mit zusätzlichen Belastungen für die öffentlichen Haushalte im Jahr 1978 auf Grund der sich verschlechternden Wirtschaftslage, und wenn ja, in welchen Bereichen und in welchem Umfang? |
| 57. Abgeordneter
Dr. Meyer
zu Bentrup
(CDU/CSU) | Von welchen Arbeitslosenzahlen für das Jahr 1978 ist die Bundesregierung bei Verabschiedung des Haushaltsentwurfs 1978 und ihres mittelfristigen Finanzplans für die Jahre 1979 bis 1981 ausgegangen, und mit welchen Arbeitslosenzahlen rechnet die Bundesregierung aus heutiger Sicht im Jahresdurchschnitt 1978? |
| 58. Abgeordneter
Dr. Meyer
zu Bentrup
(CDU/CSU) | Von welchen Arbeitslosenzahlen in den Jahren 1977 bis 1981 ist die Bundesregierung bei der Verabschiedung des Rentenanpassungsberichts 1977 ausgegangen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

- | | |
|--|--|
| 59. Abgeordneter
Konrad
(SPD) | Kann die Bundesregierung mitteilen, in wieviel Fällen mittels einer Postkarte vom Grundrecht der Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe aus Gewissensgründen Gebrauch gemacht worden ist? |
| 60. Abgeordneter
Konrad
(SPD) | Sieht die Bundesregierung durch die Vorschrift des § 25 a des Wehrpflichtgesetzes die Wehrpflichtigen in Versuchung geführt oder auf eine übermäßige Probe gestellt? |

61. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, über die bisher bestehende Regelung der Vergütung von Wochenendheimfahrten hinaus, z. B. durch Ausgabe von Gutscheinen, für zu benutzende öffentliche Verkehrsmittel einen stärkeren Anreiz für Soldaten zu geben, statt des eigenen Pkw's die öffentlichen Verkehrsmittel (Bundesbahn) zu benutzen und damit gleichzeitig die Wochenendunfallrate von jungen Soldaten zu senken?
62. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Welche finanziellen Auswirkungen würde nach Ansicht der Bundesregierung eine Neuregelung der Vergütung von Wochenendheimfahrten für wehrpflichtige Soldaten hervorrufen bei drei Wochenendheimfahrten pro Monat, zwei Wochenendheimfahrten pro Monat oder bei Einführung des Nulltarifs, und steht eine der hier aufgeführten Regelungen in absehbarer Zeit in Aussicht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

63. Abgeordneter
Gerlach
(Oberнау)
(CDU/CSU)
- Wie lange hat der Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit nach beamtenrechtlichen Grundsätzen Trennungsschädigung erhalten, und was stand der Zuweisung einer Wohnung zum Zweck einer zeitigeren Wohnsitznahme am Dienstort des Staatssekretärs entgegen?
64. Abgeordnete
**Frau
Simonis**
(SPD)
- Treffen Berichte zu, daß in der Bundesrepublik Deutschland nicht genügend Spenderblut zur Verfügung steht, wodurch es zu akuten Engpässen kommt, die durch ausländische Blutkonserven überbrückt werden müssen, und könnte diese Lücke gegebenenfalls durch Blutkonserven aufgefüllt werden?
65. Abgeordnete
**Frau
Dr. Däubler-
Gmelin**
(SPD)
- Wann gedenkt die Bundesregierung, wie zahlreiche andere europäische Regierungen, eine Kommission zum Abbau der bestehenden Diskriminierung von Frauen einzurichten, und wann kann dieses Gremium gegebenenfalls seine Tätigkeit aufnehmen?
66. Abgeordnete
**Frau
Erler**
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung neue Erkenntnisse über das Insektizid Temik 10 G vor, von dem angenommen wird, daß es zur Vergiftung von Singvögeln geführt haben soll, und wie gedenkt die Bundesregierung, eine sachgerechte Ausbringung dieses Insektizids sicherzustellen?
67. Abgeordnete
**Frau
Erler**
(SPD)
- Erwägt die Bundesregierung eine Änderung der Verordnung über Hackfleisch, Schabefleisch und anderes zerkleinertes rohes Fleisch (Hackfleisch-Verordnung) in dem Sinn, daß der vorgeschriebene Sachkundenachweis auch auf das Gaststättengewerbe ausgedehnt wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

68. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, ob in unserem Nachbarstaat Schweiz sämtliche Nationalstraßen vom Bund mit Verkehrsschutzzäunen abgesichert sind, und wenn ja, wie lauten diese Erkenntnisse, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung hieraus für die Bundesrepublik Deutschland zu ziehen?
69. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, wie hoch die durch Wild oder Weidevieh verursachten Zahlen der Unfälle in den Jahren 1975 und 1976 auf Schweizer Nationalstraßen einerseits und auf Bundesstraßen der Bundesrepublik Deutschland andererseits waren, und wenn ja, wie lauten diese Erkenntnisse, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
70. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Ankündigung der Deutschen Bundesbahn, die Reduzierung des Streckennetzes weiter durchzuführen, besonders im ländlichen Raum eine große Unruhe besteht, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
71. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung sich gegen die Streckenstilllegung der Linie Koblenz–Mayen-Ost aussprechen, nachdem eine einstimmige Resolution aller demokratischen Parteien vor diesem Vorhaben warnt?
72. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Welche Gründe haben dafür eine Rolle gespielt, daß der Landschaftsverband Rheinland für 1978 weniger an Bundesmitteln für den Straßenbau als noch im Jahr 1977 erhält, und ist auch mit ähnlichen Kürzungen nach dieser Verfahrensweise auch für den Landschaftsverband Westfalen-Lippe zu rechnen?
73. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Wird mit der Reduzierung von Bundesmitteln für den Straßenbau für 1978 versucht, der in den letzten Jahren aufgetreten Nichtverwendungsmöglichkeit von Haushaltsresten für den Straßenbau im gesamten Bundesgebiet Rechnung zu tragen?
74. Abgeordneter
Pohlmann
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung in der Kanalisierung der mittleren und oberen Weser ein geeignetes Instrument, um dem überdurchschnittlichen Arbeitslosenstand dieser Region wirksam entgegenzutreten, bzw. der mittelständischen Wirtschaft dieses Gebiets, die auf kostengünstige Frachten für Massengüter angewiesen ist, nachhaltige Impulse zu geben, um damit mittel- und langfristig sichere Arbeitsplätze zu schaffen, und wenn ja, liegen schon Pläne vor, und wann wäre mit einer Realisierung zu rechnen?
75. Abgeordneter
Pohlmann
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Experten, daß durch eine Kanalisierung der mittleren und oberen Weser die bisher ungenutzten und seit langem bekannten Energiereserven ausgeschöpft werden könnten, und sind entsprechende Überlegungen für eine umweltfreundliche Energiegewinnung in ihrem Energieprogramm enthalten?

76. Abgeordneter
Helmrich
(CDU/CSU)
- Wann ist mit der generellen Festlegung von Geräuschgrenzwerten durch Verordnung gem. § 43 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu rechnen, und bei welchen Grenzwerten, gemessen an Fenstern von Wohngebäuden in der Nähe von Bundesstraßen und Bundesbahnschienen, wurden bisher und werden bis zur generellen Festlegung von der Bundesregierung besondere Schallschutzmaßnahmen für erforderlich gehalten?
77. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen ergeben sich auf Grund der Urteile des Verwaltungsgerichts Köln vom 5. Oktober 1977 — 3 K 2446/76 und 3 K 2448/76 — für die beabsichtigte Zusammenfassung der Busdienste der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost in handelsrechtlich organisierten Verkehrsgesellschaften?
78. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung ihre Pläne auf Zusammenfassung der Busdienste der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost aufgeben, nachdem das Verwaltungsgericht Köln festgestellt hat, daß die Verpflichtung von Beamten zur ständigen Dienstleistung bei der privatrechtlichen Regionalverkehr Köln GmbH nicht mehr mit den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums im Sinne von Artikel 33 Abs. 5 des Grundgesetzes zu vereinbaren ist?
79. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß das Auseinanderlaufen in der finanziellen und laufbahnmäßigen Gestaltung des gehobenen Betriebs- und Verwaltungsdienstes auf der einen und des technischen Dienstes auf der anderen Seite zu internen Spannungen bei größeren Verwaltungen (Bundesbahn/Bundespost) geführt hat, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
80. Abgeordneter
Francke
(Hamburg)
(CDU/CSU)
- Verbindet die Bundesregierung mit der derzeitigen Anbringung von grünen Hinweisschildern an den öffentlichen Fernsprechkabellen „national-international“ eine praktische Änderung ihrer Rechtsauffassung, wonach das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik völkerrechtlich nicht Ausland ist, und ist die Bundesregierung bereit, die oben dargestellte Beschriftung von Fernsprechkabellen, die im übrigen allein der Rechtsauffassung der Deutschen Demokratischen Republik entspricht, zu ändern?
81. Abgeordneter
Francke
(Hamburg)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung in den Verhandlungen mit einer Delegation des Ministeriums für das Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik im Jahr 1971 darüber informiert gewesen, daß die Aufnahme des vollautomatischen Fernsprechkverkehrs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik nur einseitig von der Bundesrepublik Deutschland in die DDR vollzogen wird, und wird die Bundesregierung auf eine wechselseitige Vollautomatisierung des Fernsprechkverkehrs drängen, und wann könnte diese vollzogen werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

82. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Schätzungen aus der Architektenschaft bestätigen, daß bereits mehr als die Hälfte aller privaten Baupläne durch Angehörige des öffentlichen Dienstes gefertigt werden, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dieser Entwicklung entgegenzuwirken?
83. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Wie vereinbart die Bundesregierung ihre gegenwärtige Haltung bei den Verhandlungen mit den Bundesländern über die Fortführung der öffentlichen Wohnungsbauförderung, sie könne sich jeweils nur an bestimmten Länderprogrammen beteiligen, mit ihrer in der 203. Sitzung des 7. Deutschen Bundestages am 27. November 1975 vertretenen Auffassung auf eine entsprechende parlamentarische Anfrage, das von ihr bisher allein getragene Regionalprogramm sei mit Artikel 104 a des Grundgesetzes vereinbar?
84. Abgeordneter
Landré
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob die von den Landesregierungen einzurichtenden VOB-Beschwerde- und Schiedsstellen zur Kontrolle der Vergabepraxis der öffentlichen Hände in allen Bundesländern bestehen?
85. Abgeordneter
Landré
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung inzwischen Erfahrungsberichte über Probleme bei der Auftragsvergabe der einzelnen Beschwerde- und Schiedsstellen vor, und welche Erkenntnisse lassen sich hieraus ziehen?
86. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminen-
hof)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Mindestanforderung für den Einbau von lärmdämmenden Fenstern von bislang 50 dcb auf 43 dcb zu senken, damit die Bürger in die Lage versetzt werden, wirk-same Lärmschutzmaßnahmen durchzuführen, ohne daß sie den Stil und die Eigenart ihrer Häuser verändern müssen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

87. Abgeordneter
Graf
Stauffenberg
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Walter Dettmer, der nach seiner Verurteilung zu elf Jahren Gefängnis wegen angeblicher Flucht in Ost-Berliner Haft gestorben ist, zu einem anderen als dem von der Bundesregierung angegebenen Zeitpunkt ohne medizinische Hilfe verstarb — wie in Presseberichten gemeldet —, und wenn ja, wie erklärt die Bundesregierung die darin liegenden Widersprüche zu ihren Antworten (Ausführungen) auf meine im Bundestag eingebrachte Anfrage nach den wahren Ursachen des Todes von Walter Dettmer?
88. Abgeordneter
Graf
Stauffenberg
(CDU/CSU) Wie weit sind die von der Bundesregierung in Aussicht gestellten Bemühungen erfolgreich gewesen, Einblick in das Obduktionsergebnis zu erhalten?

89. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU) Wie groß ist der Personenkreis in der DDR (nach absoluten Zahlen oder prozentual berechnet), dem es von amtlichen Stellen untersagt ist, persönliche Kontakte und freundschaftliche Beziehungen zu Bürgern der Bundesrepublik Deutschland zu unterhalten, und trifft es zu, daß dieser Personenkreis zur Zeit erheblich ausgeweitet wird?
90. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU) Ist dieses Verbot von persönlichen Kontakten mit der KSZE-Schlußakte vereinbar, und was hat die Bundesregierung in dieser Angelegenheit bisher unternommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

91. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wie viele der bei den Arbeitsämtern gemeldeten ungelernten Jugendlichen kommen aus objektiven Gründen und wie viele aus subjektiven Gründen für eine normale Berufsausbildung nicht in Betracht?
92. Abgeordneter
Wüster
(SPD) Sind der Bundesregierung die Ausbildungsberufe bekannt, in denen auch in Zukunft eine Facharbeiterlücke zu befürchten ist?
93. Abgeordneter
Wüster
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um eine Ausbildung auf Vorrat in den einzelnen Lehrberufen strukturell richtig zu steuern?
94. Abgeordnete
Frau Traupe
(SPD) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung eingeleitet, um die Berufsausbildung von Mädchen im gewerblich-technischen Bereich zu fördern, und ist sie bereit, durch Modellvorhaben weitere Anstöße zu geben, um Mädchen verstärkt in gewerblich-technischen Berufen, den sogenannten Männerberufen, auszubilden?
95. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Wie steht die Bundesregierung zu der These, daß es sich bei der von der „Vereinigten Deutschen Studentenschaft“ (VDS) im Rahmen ihres Vorlesungsboykotts initiierten sog. „Demokratischen Gegenhochschule“ lediglich um eine neue Form der Parole „Marx an die Uni!“ handelt, die als fester Bestandteil der DKP-Studentenorganisation MSB Spartakus das marxistische Wissenschaftsverständnis wiedergibt und daher Pluralismus prinzipiell ablehnt?
96. Abgeordnete
Frau Karwatzki
(CDU/CSU) Wer trägt die Druck- und Versandkosten für die „Gemeinsame Erklärung zum Wintersemester 77/78“ der sozialdemokratischen und liberalen Kultus- und Wissenschaftsminister?
97. Abgeordnete
Frau Karwatzki
(CDU/CSU) Wird der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft zulassen, daß auch Erklärungen christdemokratischer Kultus- und Wissenschaftsminister den „Informationen Bildung und Wissenschaft“ beigelegt werden, und von welchen Kriterien wird er dies abhängig machen?

98. Abgeordneter
Schäfer
(Mainz)
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die möglicherweise unterschiedliche Geltung des Verbots der körperlichen Züchtigung an staatlichen Schulen und (beispielsweise bayerischen) Privatschulen, und ist die Bundesregierung bereit, nachdem sie bereits am 4. März 1975 in Beantwortung einer Kleinen Anfrage von SPD und FDP (Drucksache 7/3318) die unterschiedliche Form der Regelung dieser Materie in den einzelnen Ländern als unbefriedigend bezeichnet hat, noch einmal die Möglichkeiten einer bundesgesetzlichen Regelung zu prüfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

99. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung der Staatsanwaltschaft nicht die Ermächtigung zur Strafverfolgung gem. § 353 c StGB gegen Redakteure des Nachrichtenmagazins Spiegel erteilt, das in seiner Ausgabe vom 28. Februar 1977 geheime Akten des Bundesamts für Verfassungsschutz über die Lauschaktion gegen den Atomwissenschaftler Traube veröffentlichte, wie dies seinerzeit im anderen Fall bei der Veröffentlichung der sogenannten Pauls-Telegramme geschehen ist?
100. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU)
- Ist die Meldung des Nachrichtenmagazins Spiegel vom 18. April 1977 zutreffend, wonach Bundesinnenminister Dr. Maihofer in den Kabinettsitzungen vom 30. März und 14. April jeweils die Ermächtigung zur Strafverfolgung beantragt hat und hierbei von Bundesjustizminister Dr. Vogel unterstützt worden ist?
101. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Bleibt die Bundesregierung bei ihrer Auffassung, daß die Abschlüsse der Fachhochschulausbildung für den öffentlichen Dienst untereinander und im Verhältnis zu entsprechenden Abschlüssen im allgemeinen Hochschulbereich gleichwertig sind, oder sind Änderungen beabsichtigt?
102. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Gilt diese Gleichwertigkeit auch im Verhältnis zu den Fachhochschulen der Deutschen Bundespost in Berlin und Dieburg, und bestehen Pläne für die Errichtung einer Fachhochschule für den Verwaltungsbereich?
103. Abgeordneter
Wuttke
(SPD)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung, auf Grund der gleichen Vor- und Ausbildung wieder ein einheitliches Eingangsamt für den gesamten gehobenen Dienst einzuführen?
104. Abgeordneter
Wuttke
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß das Auseinanderlaufen in der finanziellen und laufbahnmäßigen Gestaltung des gehobenen Betriebs- und Verwaltungsdienstes auf der einen und des technischen Dienstes auf der anderen Seite zu erheblichen internen Spannungen bei größeren Verwaltungen (Bundesbahn/Bundespost) führt, und was gedenkt sie gegebenenfalls dagegen zu tun?

105. Abgeordneter
Walther
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, um der Entschließung des Deutschen Bundestages im Zusammenhang mit der Errichtung des Umweltbundesamts nachzukommen, wonach die Bundesregierung ersucht wurde zu prüfen, inwieweit zur Erhöhung der Wirksamkeit des Amts und zur besseren Koordinierung der Regierungs-, Verwaltungs- und Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Umwelt bestehende Einrichtungen des Bundes in das Umweltbundesamt eingegliedert oder ihm auf andere Weise zugeordnet werden können?
106. Abgeordneter
Walther
(SPD)
- Trifft es zu, daß insbesondere die Zusammenarbeit zwischen den Bundesministerien, dem sogenannten Wabolu-Institut des Bundesgesundheitsamts, der Bundesanstalt für Gewässerkunde und dem Umweltbundesamt zu umständlich erfolgt und zu unnötigen Reibungsverlusten führt?
107. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die sicherheitstechnischen Aspekte von Kompaktlagern abgebrannter Brennelemente in Kernkraftwerken, und welche zusätzlichen Lagerkapazitäten könnten durch die Einrichtung solcher Kompaktlager maximal gewonnen werden?
108. Abgeordneter
Dr. Penner
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, formell und materiell das Asylrecht zu verbessern — namentlich unter Berücksichtigung der weithin in der Öffentlichkeit beachteten Abschiebung des namibischen Ehepaars Shivangulula aus Wuppertal?
109. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung — Äußerungen des Vorsitzenden der deutsch-polnischen Gesellschaft, Professor Helmut Ridder, über die angebliche Notwendigkeit einer Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts der Bundesrepublik Deutschland entsprechend — die Absicht, vor dem Hintergrund des Warschauer Vertrages und der zu diesem Vertrag gemachten Aussagen des Bundesverfassungsgerichts eine Initiative zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts zu ergreifen?
110. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Hat der Präsident des Bundeskriminalamts erklärt, die GSG 9 sei, so wertvoll sie sei, insgesamt gesehen, kein Fortschritt, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diese Äußerung?
111. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Hat der Präsident des Bundeskriminalamts die Ansicht vertreten, beim Terrorismus handle es sich nur am Rande um ein polizeiliches Problem, und wenn ja, teilt die Bundesregierung diese Ansicht?
112. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU)
- Kann davon ausgegangen werden, daß die Bundesregierung in dem in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU Fraktion vom 7. Juli 1977 für das Ende dieses Jahrs angekündigten Immissionschutzbericht insbesondere auf die Anforderungen und ihre praktische Durchsetzbarkeit der in der Schallschutzverordnung vom 5. April 1974 festgelegten Bauschalldämm-Maße der Umfassungsbauteile von Aufenthaltsräumen in Schutzzonen 1 mit mindestens 50 dB und Schutzzonen 2 mit mindestens 45 dB eingehen wird, und wenn ja, mit welchen für die betroffenen Einwohner in diesen Schutzzonen sich ergebenden Konsequenzen?

113. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung — einer Forderung des Vorsitzenden der deutsch-polnischen Gesellschaft entsprechend, der die Auffassung vertreten hat, die deutschen Staatsangehörigen im polnischen Machtbereich hätten „im Beutewege die deutsche Staatsbürgerschaft erworben“ — eine Gesetzesinitiative mit dem Ziele zu ergreifen, das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht dahin gehend zu ändern, daß die deutschen Staatsangehörigen im polnischen Machtbereich nicht mehr die deutsche Staatsangehörigkeit behalten sollen?
114. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Erkennt die Bundesregierung die in der vorhergehenden Frage erwähnte deutsch-polnische Gesellschaft als Vereinigung zur Pflege deutsch-polnischer Beziehungen an?
115. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, und bejahendenfalls welche, aus welchen Gründen der im Juli dieses Jahrs zurückgetretene ehemalige Vorsitzende des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Hans-Helmut Wüstenhagen (Karlsruhe), seit Monaten verschwunden ist und wo er sich zu welchen Zwecken derzeit aufhält?
116. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung — wie der Gießener Staats- und Völkerrechtler Professor Helmut Ridder, der Vorsitzende der deutsch-polnischen Gesellschaft — der Meinung, daß „das innerdeutsche Recht noch nicht am Warschauer Vertrag orientiert sei“ und daß es notwendig sei, die „über die Bundesrepublik Deutschland hinausgreifende gesamtdeutsche Staatsangehörigkeit abzubauen“ (Die Welt 8. Dezember 1977), und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
117. Abgeordnete
Frau Geier
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts betreffend familiengerechte Besoldung von Beamten, Richtern und Soldaten zu ziehen?
118. Abgeordnete
Frau Geier
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind die finanziellen Auswirkungen der Konsequenzen auf die öffentlichen Haushalte besonders aus dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts betreffend familiengerechte Besoldung bei einer auf Beamte, Richter und Soldaten beschränkten Lösung, bei einer den gesamten öffentlichen Dienst einbeziehenden Regelung bzw. bei einer generellen Lösung für alle Familien mit drei und mehr Kindern?
119. Abgeordnete
Frau Schuchardt
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, Presseberichten (Süddeutsche Zeitung vom 6. Dezember 1977), in denen behauptet wird, daß am Ungarischen Gymnasium in Kastl (Bayern) autoritäre Unterrichtsmethoden praktiziert und Schüler durch häufige und schwere körperliche Züchtigungen eingeschüchtert wurden und dies möglicherweise noch immer geschieht, nachzugehen und von einer befriedigenden Klärung die weitere Förderung des Ungarischen Gymnasiums abhängig zu machen?
120. Abgeordnete
Frau Schuchardt
(FDP)
- Ist die Bundesregierung weiterhin bereit, die weitere Förderung des Ungarischen Gymnasiums auch von einer befriedigenden Klärung behaupteter Vorkommnisse mit antisemitischer Tendenz abhängig zu machen?

121. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Wie hoch sind die jährlichen Zuschüsse aus Bundesmitteln, die der Träger des Ungarischen Gymnasiums zu Kastl (Oberpfalz), der Ungarische Schulverein in München, erhält?
122. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Trifft es nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung zu, daß —wie in einem Pressebericht (Süddeutsche Zeitung Nr. 281 vom 6. Dezember 1977, Seite 3) gemeldet — im Ungarischen Gymnasium zu Kastl (Oberpfalz) Lehrer, Mitglieder des Schulvereinsvorstandes und Elternbeiräte tätig sind, die dem von Horthy gegründeten faschistischen Vitéz-Orden angehören, Lehrbücher des faschistischen Horthy-Regimes verwendet werden und die Schüler regelmäßig mit der Folge schwerer körperlicher Folgen geprügelt werden, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, dem Bundestag bei nächster Gelegenheit vorzuschlagen, die Bundeszuschüsse, die der Träger dieses Gymnasiums, der Ungarische Schulverein in München, erhält, nicht mehr zu bewilligen?
123. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU) Trifft es nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung zu, daß (wie in einem Leserbrief in der „Welt am Sonntag“ vom 13. November 1977 behauptet) nur 0,05 v. H. der Haushaltsansätze von Bund, Ländern und Gemeinden für den Umweltschutz ausgegeben werden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
124. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, wieviel Prozent des Bruttosozialprodukts für Aufgaben des Umweltschutzes in der Bundesrepublik Deutschland verwandt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

125. Abgeordneter
Berger
(CDU/CSU) Ist es richtig, daß durch die jüngst erlassenen Körperschaftsteuerrichtlinien die Gemeindeverwaltungen verpflichtet werden, für die Einnahmen aus dem zum Verwaltungsablauf notwendigen Formularverkauf Körperschaftsteuern zu entrichten, und in welchem Umfang verteuern sich infolgedessen die Formulare?
126. Abgeordneter
Berger
(CDU/CSU) Entspricht es den Tatsachen, daß die Gemeinden künftig für die im Rahmen einer Bodenvorratspolitik erzielten Mehrbeträge (Unterschied von Erwerbspreis und Verkaufspreis nach Umwidmung und Parzellierung der Grundstücke) Körperschaftsteuer zu entrichten haben, und welche Auswirkungen wird dies für die Bereitstellung und Mobilität von Baugrundstücken haben?
127. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie hoch die Kosten der Alkoholproduktion aus Agrarprodukten in Westeuropa und Südamerika sind, und welchen Anteil die Kosten für die Ausgangsstoffe an den Herstellungskosten haben im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland?

128. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, untersuchen zu lassen, nach welchen neuen technischen Verfahren Alkohol aus regenerierbaren Rohstoffen kostengünstig gewonnen werden kann, und wenn ja, wann gedenkt sie, derartige Untersuchungen in Auftrag zu geben?
129. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß finanzielle Erleichterungen, gegebenenfalls durch Sonderabschreibungen, gewährt werden sollten, wenn Betriebe die für die Beschäftigung von Frauen erforderlichen baulichen Maßnahmen (Aufenthaltsräume, sanitäre Einrichtungen) durchführen, und welche Abschreibungsmöglichkeiten bestehen bereits?
130. Abgeordneter
Dreyer
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, daß ein Verlustabzug bei der Berechnung der zumutbaren Belastung im Sinne von § 33 Abs. 3 EStG auch dann nicht berücksichtigt wird, wenn im vorangegangenen Verlustjahr ebenfalls außergewöhnliche Belastungen entstanden sind, die sich wegen des Verlustes steuerlich jedoch nicht auswirken konnten, und wenn nein, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
131. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Wie viele deutsche Arbeitskräfte arbeiten bei den amerikanischen Stationierungstreitkräften in der Bundesrepublik Deutschland, und wie sicher sind deren Arbeitsplätze angesichts der Forderung des Rechnungsprüfungsamts des amerikanischen Senats, der Meldungen zufolge verlangt hat, die deutschen Arbeitskräfte, weil zu teuer, durch amerikanische zu ersetzen?
132. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Sachverständigenrats (Tz 425), daß der geltende Einkommensteuertarif trotz der steuerlichen Entlastungen im Jahr 1978 niedrigere Realeinkommen erfaßt als 1975 und daß deshalb die Reform des Einkommensteuertarifs nur als für kurze Zeit vertagt gelten kann?
133. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU)
- Ab wann soll nach Auffassung der Bundesregierung gegebenenfalls ein neuer Einkommensteuer- und Lohnsteuertarif, der den Vorstellungen des Sachverständigenrats Rechnung trägt, in Kraft treten?
134. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der sowohl vom Sachverständigenrat wie auch vom Bundesfinanzminister herausgestellten Notwendigkeit zur mittelfristigen „Konsolidierung“ der strukturellen Defizite, d. h. zum Abbau der Neuverschuldung und zur Verringerung der Defizite (Hinweis auf Textziffer 421 f des Sachverständigengutachtens 1977 und Presseerklärung des Bundesfinanzministers vom 22. November 1977) sowie der Feststellung, daß es „bisher offenbar keine klare Planung dafür gibt, wie das in den öffentlichen Haushalten neu entstehende strukturelle Defizit während der folgenden Jahre voll konsolidiert werden soll“ (Textziffer 422 des Gutachtens)?
135. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Will die Bundesregierung die notwendige Konsolidierung mittelfristig durch Steuererhöhungen oder Ausgabekürzungen herbeiführen?

136. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß sich der US-Rechnungshof gegen die weitere Beschäftigung von deutschen Zivilangestellten bei amerikanischen Streitkräften in der Bundesrepublik Deutschland u. a. mit der Begründung zu hoher Personalkosten ausgesprochen hat, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
137. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU) In welcher Höhe rechnet die Bundesregierung mit einem Nachtragshaushalt des Bundes für das Jahr 1977, und wie sollen eventuelle Mehrausgaben gedeckt werden?
138. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU) Inwieweit erhöhen sich auf Grund der neuen Annahmen die Ausgaben des Bundes für Zinsen und Tilgungen der bestehenden und neu aufzunehmenden Schulden in den Jahren bis 1981?
139. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU) Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung infolge der laufenden Abwertung des Dollars für die deutsche Außenwirtschaft und für den inländischen Arbeitsmarkt?
140. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU) Wann wird die Bundesregierung den Entwurf des angekündigten Zweiten Steueränderungsgesetzes 1977 mit dem vom Bundesverfassungsgericht (Beschluß vom 8. Juni 1977, 1 Bv 12 265/75) geforderten Steuererleichterungen für die geschiedenen und getrennt lebenden Unterhaltsverpflichteten sowie für unterhaltspflichtige Elternteile von nichtehelichen Kindern vorlegen?
141. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung in diesem Zusammenhang bereit, die im Gesetzentwurf des Landes Bayern (Bundsrats-Drucksache 445/77) vorgeschlagenen Lösungen zur Neuregelung des Familienlastenausgleichs ganz oder teilweise zu übernehmen?
142. Abgeordneter
Dr. Jahn (Münster)
(CDU/CSU) In welchem Ausmaß wären in den künftigen Jahren vermehrte Steuerausfälle zu erwarten, wenn man Ehepaaren mit drei und mehr Kindern das Recht einräumte, die Sonderabschreibungsmöglichkeiten nach § 7 b EStG zu kumulieren, indem diese unter Verzicht auf die erhöhte Abschreibung für ein zweites Objekt 16 Jahre lang 5 v. H. des Werts abschreiben können?
143. Abgeordneter
Dr. Jahn (Münster)
(CDU/CSU) Welcher durchschnittliche Förderungsaufwand ist zur Zeit für eine im Regionalprogramm geförderte Eigentumsmaßnahme nötig, und welche finanziellen Folgen für den Haushalt hätte es, wenn, bei Beibehaltung des bisherigen Förderungsvolumens (50 000 bzw. 80 000 Wohnungen), für Familien mit drei und mehr Kindern der Förderungsaufwand um 10 000 DM erhöht würde?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

144. Abgeordneter
Sauer (Salzgitter)
(CDU/CSU) Hat der Bundeskanzler im Sinne der Zusagen des Auswärtigen Amtes vor dem Deutschen Bundestag am 8. September 1977, daß die Bundesrepublik Deutschland mit allen völkerrechtlich zulässigen, gewaltlosen aber wirksamen Mitteln die Unterlassung von schwerwiegenden, gegenüber Deut-

schen begangenen Menschenrechtsverletzungen zukünftig im Sinne der Rechtsverpflichtungen der Menschenrechtspakte einfordern wird, dies in Warschau bezüglich der eindeutigen Regel des Artikels 12 Abs. 2 des Weltpakts für bürgerliche und politische Rechte — „Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, auch sein eigenes zu verlassen“ — auch zugunsten der Deutschen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße ohne Hinnahme zahlenmäßiger oder sonstiger restriktiver Beschränkungen getan?

145. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU)

Hat sich der Bundeskanzler anlässlich seines letzten Auslandsbesuchs bemüht, beim polnischen Volk den Eindruck zu hinterlassen, daß die Wahrung und Verwirklichung der Menschen- und Gruppenrechte auch des polnischen Volks sowie der schrittweise Abbau ihrer Beschränkungen die volle Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland im Sinne der Rechtsverpflichtungen des Weltpakts für bürgerliche und politische Rechte mit allen völkerrechtlich zulässigen, dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit entsprechenden Mitteln genießt?

146. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)

Sind nunmehr offizielle Verhandlungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die Sicherung der kulturellen und Gruppenrechte der Deutschen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße im Sinne der Zusagen der Bundesregierung gegenüber dem Bundesrat vom Februar 1976 begonnen worden?

147. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)

Hat der Bundeskanzler anlässlich der Überreichung einer Liste von offiziellen Interventionen der Bundesrepublik Deutschland für 13 000 Härtefälle zur Ausreise Deutscher, die zum Teil seit vielen Jahren unbeantwortet sind, nunmehr die Zusage für die tatsächliche rasche Ausreise dieser Deutschen nach den vielfachen, früheren polnischen bilateralen und multilateralen Rechtsverpflichtungen dazu erreicht, und hat er auch die rasche Erledigung der beim Deutschen Roten Kreuz vorliegenden 270 000 unerledigten Ausreisearträge eingefordert?

148. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Generalsekretär des ZK Polens, Gierek, anlässlich des Besuchs des Bundeskanzlers die CDU/CSU-Opposition angriff, in welcher Form ist dies geschehen, und in welcher Weise hat Bundeskanzler Schmidt die Opposition verteidigt?

149. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung angesichts ihrer begrüßenswerten Erklärung (Drucksache 8/1056, Frage Nr. B 5) bereit, humanitäre Hilfe für sogenannte Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika auf solche Güter zu beschränken, die nicht einer direkten oder indirekten Unterstützung bewaffneter Aktionen dienen können?

150. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung nachträglich die Reise des damaligen Staatsministers im Auswärtigen Amt, Karl Moersch, im Juli 1976 nach Chile, nachdem Regierungsmitglieder die Chile-Reise des CSU-Vorsitzenden Strauß kritisiert haben?

-
151. Abgeordnete
**Frau
Berger
(Berlin)**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß beim UNO Generalsekretariat in New York ein besonderes Büro für die palästinensischen Rechte gegründet worden ist, in dem Propaganda für die „unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volks“ betrieben wird, und wie beurteilt die Bundesregierung dies?
152. Abgeordneter
**Frau
Berger
(Berlin)**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung einer entsprechenden Entschließung der Vollversammlung zugestimmt hat, und wie begründet sie gegebenenfalls diese Zustimmung?
153. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Hat der Bundeskanzler mit seinem Hinweis auf „das persönlich sehr freundschaftliche Verhältnis, das sich zwischen den führenden Personen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland ergeben hat“ (Warschau 25. November 1977) eine Freundschaft zwischen dem Demokraten Schmidt und dem polnischen KP-Chef Gierek gemeint?

**B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung
gebeten wurde**

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
Welche sicherheitspolitischen Besorgnisse hegt die Bundesregierung — z. B. unter Berücksichtigung des Konzepts der Vorverteidigung in Mitteleuropa unter Einschluß der jeweils neuesten Entwicklungen von Flächen- und Steuerwaffen (z. B. Voraus-„stand off“-Bomben) — im Hinblick auf Artikel 50 Abs. 1, Artikel 52 Abs. 3, Artikel 51 Abs. 4a, b und c sowie Artikel 57 Abs. 2a des I. Zusatzprotokolls?
2. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
Wie gedenkt die Bundesregierung vor Unterzeichnung der beiden Zusatzprotokolle zu den Rot-Kreuz-Konventionen von 1949 zu sichern, daß keine Bestimmung der Zusatzprotokolle die strafrechtliche Verfolgung terroristischer und gewalttätiger Angriffe auf Leben, Gesundheit und Eigentum erschwert, insbesondere im Hinblick auf Artikel I Abs. 4 (Aufwertung nationaler Befreiungsfronten zu Subjekten des Kriegsvölkerrechts mit möglicherweise auch innenpolitischen Implikationen) und Artikel 44 Abs. 3 Satz 2 (Zuerkennung eines Kombattantenstatus für Guerilla-Kämpfer) des I. Zusatzprotokolls?
3. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)
Kann die Bundesregierung den Inhalt eines Berichts der amerikanischen Wochenzeitschrift Time vom 21. November bestätigen, derzufolge in Kambodscha seit der kommunistischen Machtübernahme im Jahr 1975 bis heute rund 500 000 Einwohner umgebracht wurden, und wenn ja, sieht die Bundesregierung dies als Veranlassung an, die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen einzuschalten?
4. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
Welchen Einfluß haben berufsständische Organisationen (z. B. DGB, BDI, DBV) auf die Berufung von Referenten (Attachés) an deutsche Botschaften?
5. Abgeordneter
Kraus
(CDU/CSU)
Welche Schritte hat die Bundesregierung bisher unternommen, um ihre Zusage auf der Münchner diplomatischen Konferenz vom Oktober 1973 einzuhalten, wonach sie Gelände, Gebäude und Erstausstattung für die in München zu errichtende Europäische Schule zur Verfügung stellen wird?
6. Abgeordneter
Kraus
(CDU/CSU)
Wie viele Kinder von Staatsangehörigen der Signatarländer des Abkommens über das Gemeinschaftspatent, die nicht Mitarbeiter des Europäischen Patentamts (EPA) sind, können in die Schule aufgenommen werden, und auf welche Weise will die Bundesregierung dies sicherstellen?

7. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Betrachtet die Bundesregierung die Äußerung des sowjetischen Parteichefs und Staatsoberhaupt, Breschnew, gegenüber dem Chef der Deutschen Kommunistischen Partei, Mies, „er äußere seine tiefe Solidarität mit dem Kampf der Deutschen Kommunistischen Partei für die Sache des Friedens und der Entspannung in Europa, für den sozialen Fortschritt und gegen die Angriffe der Reaktion auf die demokratischen Kräfte der Bundesrepublik Deutschland“ (Ostinformation des Bundespresseamts nach Radio Moskau vom 3. November 1977) als eine Einmischung in die inneren Verhältnisse der Bundesrepublik Deutschland sowie als einen Verstoß gegen Artikel 2 des Moskauer Vertrags und bejahendenfalls, was gedenkt die Bundesregierung zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

8. Abgeordneter
Schläga
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit mitzuteilen, wieviel Betriebe bisher der Auflage des § 28 des Gesetzes zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung vom 27. Januar 1977 nachgekommen sind, einen Beauftragten für den Datenschutz spätestens binnen eines Monats nach Aufnahme ihrer Tätigkeit schriftlich zu bestellen, und wieviel der vom Gesetz erfaßten Betriebe ihren Verpflichtungen noch nicht nachgekommen sind?
9. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung neuere Untersuchungsergebnisse zur Wirkung von Schwefeldioxyd in der Atemluft (z. B. in Heft 8/1977 der VGB-Kraftwerkstechnik) im Hinblick auf ihre Umweltschutzpolitik, und welche Maßnahmen will sie ergreifen, um das Problem der chronischen Atemwegserkrankungen adäquater zu bekämpfen?
10. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung neuere Untersuchungen über die Entwicklung des Kohlendioxydproblems (z. B. in Atomwirtschaft, Oktober 1977), und gibt es internationale Initiativen der Bundesregierung, um hier zu einem abgestimmten Vorgehen zu kommen?
11. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)
- In welcher Weise ist die Bundesregierung bereit, Entschädigungsansprüche im Zusammenhang mit dem geplanten nuklearen Entsorgungszentrum in Gorleben im Landkreis Lüchow/Dannenberg entgegenzunehmen und zu erfüllen?
12. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Gewährung von Sonderurlaub an Bundesbeamte zur Teilnahme an staatsbürgerlichen Bildungsveranstaltungen einzuschränken, und welche Gründe sind gegebenenfalls dafür maßgeblich?
13. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
- Wenn ja, welche Auswirkungen auf den Besuch der bisher angebotenen staatsbürgerlichen Bildungsveranstaltungen sind zu erwarten, und werden gegebenenfalls die Maßnahmen mit den Trägern der staatsbürgerlichen Bildungsveranstaltungen abgestimmt?

14. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung aus der jüngsten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zum nachbarrechtlichen Ausgleichsanspruch im Fall von Beeinträchtigungen durch Fluglärm in der Umgebung eines Flughafens die Konsequenz ziehen und eine Änderung des Fluglärmsgesetzes dahin gehend vorgelegen, daß auch in der Schutzzone 2 die Mehraufwendungen für bauliche Schallschutzmaßnahmen in die Erstattungsregelungen aufgenommen werden?
15. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das Fluglärmsgesetz für den Bereich der Schutzzone 2 enteignende Wirkung hat, für die keine Entschädigung vorgesehen ist, so daß die entsprechenden Regelungen als verfassungsrechtlich bedenklich anzusehen sind, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
16. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die skeptische Beurteilung von Prof. Dr. C. F. Seyfried, Institut für Siedlungswasserwirtschaft an der Technischen Universität Hannover, der Bemühungen, die Waschmittelposphate zu ersetzen, um dadurch die Eutrophierung der Gewässer zu bremsen und abzubauen (vgl. Artikel „Phosphat-Ersatz mit Nachteilen?“ in der Zeitung für kommunale Wirtschaft vom Oktober 1977)?
17. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- Welche Ergebnisse wurden bei den Erprobungen des Phosphatersatzstoffs Sasil in modernen Waschmitteln erzielt, und bis zu welchem Zeitpunkt kann damit gerechnet werden, daß moderne Waschmittel gemäß § 4 Abs. 3 des Waschmittelgesetzes diesen Phosphatersatzstoff enthalten müssen?
18. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminenhof)
(CDU/CSU)
- Treffen Informationen zu, nach denen aus den Räumen Wittmundhafen und Upjever bisher nur sehr wenige Mittel für den Lärmschutz abgerufen worden sind, und wenn ja, welche Gründe kann die Bundesregierung dafür angeben?
19. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Ausbildung der Bundesgrenzschutzbeamten auf dem Bereich der Bildung, insbesondere des Deutschunterrichts und des Maschinenschreibens, von 577 Jahresstunden bis zum Vorjahr auf jetzt 170 Jahresstunden gekürzt wurde, und wenn ja, wie gedenkt sie das Ausbildungsdefizit zu beseitigen?
20. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP)
- Wie verhält sich die Bundesregierung zu den Aussagen höherer Führungsstellen des Bundesgrenzschutzes, möglichst keine Hauptschüler mehr einzustellen?
21. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung auf Grund der bisher im Bundesinnenministerium stattgefundenen eingehenden Besprechungen mit Vertretern aus den Flughafenbereichen Upjever und Wittmundhafen unternommen, in denen deutlich gemacht wurde, daß die geforderte Lärmdämmung von 50 bzw. 45 dB bei Zugrundelegung einer homogenen Mauerschicht nicht in Übereinstimmung zu bringen sei mit dem im gesamten norddeutschen Raum grundsätzlich angewandten Hohl-schicht-mauerwerk und deshalb eine Überprüfung durch die Bund- und Länderkommission zugesagt wurde?

22. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Verfügt die Bundesregierung nach den Gesprächen des Bundesinnenministers in Bielefeld direkt oder über den nordrhein-westfälischen Innenminister über Informationen, daß das Arbeiterjugendzentrum (AJZ) in Bielefeld ein Kommunikationszentrum linksextremer Gruppen ist, das in engem Zusammenhang mit der AJZ-Druck und Verlag GmbH, dem Redaktionskollektiv e. V. und der linken Buchhandlung „Eulenspiegel“ wirkt?
23. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung nach diesen Gesprächen bekannt, daß die Fa. AJZ-Druck und Verlag GmbH auch das „Bielefelder Stadtblatt“ druckt, dessen Ausgabe Nr. 8 wegen ihres Inhalts der Staatsanwaltschaft Bielefeld zur strafrechtlichen Überprüfung übersandt worden ist, und welches Ergebnis diese Überprüfung gehabt hat?
24. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung nach diesen Gesprächen bestätigen, daß die Firma AJZ-Druck und Verlag GmbH, Bielefeld, die Zeitung für Gefangene „Gegen Knast“ druckt, die u. a. auch an Rechtsanwalt Haag versandt wird und für die ein Redakteur „Jacob Rohrbach“ verantwortlich zeichnet, obwohl das gegen ihn eingeleitete Ermittlungsverfahren (sta Bielefeld, Az.: 46 JS 226/77) ergeben hat, daß diese Person gar nicht existiert?
25. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung nach diesen Gesprächen bekannt, daß im Arbeiterjugendzentrum Plakate sichergestellt worden sind, die folgende Zusätze hatten, „Leider kann ich meine klammheimliche Freude über den gemeinen und feigen Mord an Buback nicht verhehlen“ und „Für dich ist auch schon ein Motorrad gemietet“ (gemeint ist der Richter Dr. Theo Prinzing)?
26. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Bedeutet die Antwort der Bundesregierung auf meine schriftliche Anfrage B 32 dieser Woche, daß die Bundesregierung entgegen dem Wortlaut von § 33 Abs. 1 des Parteiengesetzes in der Frage, ob eine als Ersatzorganisation einer verbotenen Partei zu betrachtende Partei zu verbieten ist, einen echten Ermessensspielraum in dem Sinn hat, daß auch eine Partei, welche klar die Merkmale einer Ersatzorganisation aufweist, aus politischen Opportunitätsgründen geduldet werden kann?
27. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Bedeutet der Hinweis auf die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts in der Antwort der Bundesregierung auf meine Anfrage B 33, daß sich die Bundesregierung die in diesen Ausführungen enthaltenen Merkmale zu eigen macht?
28. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Wieso bietet § 9 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes eine Rechtsgrundlage für die Forderung auf Rückzahlung der von DAAD gewährten Ausbildungsbeihilfen, oder auf welche gesetzlichen Grundlagen des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes gründen Richtlinien, die die Einbürgerung und die Ausfolgung der Einbürgerungsurkunde an Leib und Leben bedrohte vietnamesische Asylanten von der Rückzahlung der Ausbildungsbeihilfe abhängig machen?

29. Abgeordnete
**Frau
Dr. Neumeister**
(CDU/CSU) Nach welchen Gesichtspunkten gedenkt die Bundesregierung, rechtzeitig zum Inkrafttreten des Bundesdatenschutzgesetzes zum 1. Januar 1978 eine – in diesem Gesetz vorgesehene – geeignete Persönlichkeit für das vorgesehene Amt eines Datenschutzbeauftragten zu finden und auszuwählen, und ist sie der Meinung, daß die dazu notwendigen Sicherheitsüberprüfungen in der jetzt noch verbleibenden Frist durchführbar sind?
30. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Wie verteilen sich in vom-Hundert-Sätzen die tatsächlich beschäftigten Beamten des gehobenen Verwaltungsdienstes in den Bundesverwaltungen auf die verschiedenen Besoldungsgruppen unter besonderer Berücksichtigung der Außenverwaltungen, und wie stellen sich diese Verteilungen im Vergleich mit denen des gehobenen nichttechnischen Dienstes im Post- und Fernmeldewesen dar?
31. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Wie ist die Altersschichtung innerhalb der verschiedenen Besoldungsgruppen des gehobenen Verwaltungsdienstes in den Bundesverwaltungen, und wie unterscheiden sich diese Altersstrukturen von der im gehobenen nichttechnischen Dienst des Post- und Fernmeldewesens?
32. Abgeordneter
Amling
(SPD) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, daß auf Grund ungewöhnlich harter körperlicher Züchtigung von Schülern des Ungarischen Gymnasiums in Kastl (Oberpfalz) durch einen behandelnden Mediziner im Jahre 1973 die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Amberg eingeschaltet wurde und daß es in dem genannten Gymnasium wiederholt zu antisemitischen Äußerungen von Lehrkräften gekommen ist, und wenn ja, wird die Bundesregierung diese Vorwürfe zum Anlaß nehmen, ihre Subventionsbereitschaft für das Ungarische Gymnasium daraufhin zu überprüfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

33. Abgeordnete
**Frau
Hoffmann**
(Hoya)
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, in Zukunft karitative Verbände – z. B. Kreisstraßenverkehrswacht – wieder stärker an der Verwendung von Bußgeldern im Straßenverkehr zu beteiligen, da seit Inkrafttreten der neuen Bundesbußgeldverordnung Richter nur noch in ganz beschränktem Umfang Bußgeldzahlungen mit Bezug auf die Tat direkt an karitative Verbände vergeben dürfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

34. Abgeordneter
Engelhard
(FDP) Sind der Bundesregierung Pläne bekannt, wonach einige in- bzw. ausländische Mineralölgesellschaften zur Zeit beabsichtigen sollen, ihre Verarbeitungskapazitäten in der Bundesrepublik Deutschland durch einschneidende Teilstilllegungen abzubauen, insbesondere in den Raffinerien von Ingolstadt, und wenn ja, liegen die Gründe hierfür in Standortnachteilen oder wirken sich möglicherweise andere Ursachen negativ aus, etwa das Fehlen zusätzlicher inländischer Rohöl- und Erdgasmengen?

35. Abgeordneter **Krockert** (SPD) Trifft es zu, daß die hier stationierten US-Streitkräfte ihren Bedarf an Kohle ausschließlich durch eingeführtes US-Material decken, sind die seinerzeitigen Voraussetzungen für diese Regelung noch immer gegeben, und bemüht sich die Bundesregierung um eine Änderung dieser Praxis zugunsten der deutschen Kohle?
36. Abgeordneter **Schröder** (Lüneburg) (CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, auf Groß- und Einzelhandel in einem Appell hinzuwirken, um eine freiwillige Beschränkung im Stromeinsatz für Weihnachtsreklamen zu bewirken?
37. Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann** (CDU/CSU) Kann die Bundesregierung mitteilen, welchen Prozentanteil das Erdgas an der Weltprimärenergieversorgung in den Jahren 1970, 1975 und 1976 hatte und welchen Anteil es voraussichtlich in den Jahren 1980 und 1985 haben wird?
38. Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann** (CDU/CSU) Kann die Bundesregierung mitteilen, welche jährliche Zuwachsrate das Erdgas weltweit in den genannten Jahren hatte und im Verlauf der 80er Jahre bis 1995 voraussichtlich haben wird?
39. Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann** (CDU/CSU) Welche energiepolitischen Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dem erreichten Anteil des Erdgases am Weltprimärenergieverbrauch und aus den erreichten und absehbaren jährlichen weltweiten Zuwachsraten in Berücksichtigung der Tatsache, daß das Erdgas die mit Abstand knappste fossile Primärenergie und außerdem — in der Bewertung seitens wichtiger Förderländer und der OPEC — ein kostbarer Rohstoff ist?
40. Abgeordneter **Schreiber** (SPD) Wird die Bundesregierung die am 22. November in Brüssel bei den politischen Kontakten der EG-Außenminister von den Niederlanden erhobenen Forderungen unterstützen, nach denen die EG-Mitgliedstaaten die Gewährung von Exportkreditvergünstigungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr bei der Ausfuhr in die Republik Südafrika verweigern sollen und der Verhaltenskodex für EG-Unternehmen in Südafrika durch die Verfügung eines Investitionsstopps ergänzt werden soll?
41. Abgeordneter **Coppik** (SPD) Ist davon auszugehen, daß der Kabinettschluß vom Sommer 1971, der Bundesbürgschaften für Rüstungsexporte ausschließlich auf Geschäfte mit Nato-Staaten beschränkte, seit der Bewilligung von Ausfuhrbürgschaften für die Lieferung von Unterseebooten an Indonesien im Februar 1977 durch einen neuen Beschluß abgelöst wurde, da im November 1977 bereits wieder Ausfuhrbürgschaften für ein Rüstungsgeschäft mit einem Nicht-Nato-Staat und Krisen-Land, nämlich Argentinien, bewilligt wurden, und um welche neuen Richtlinien für die Bewilligung von Bundesbürgschaften für Rüstungsgüter handelt es sich?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

42. Abgeordneter **Krockert** (SPD) Gibt es im NATO-Statut eine Vereinbarung, wonach die Zivildienste für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Streitkräfte von einheimischen Arbeitskräften geleistet werden sollen, und wie verhält sich gegebenenfalls damit die Ankündigung der Amerikaner, deutsche Arbeitnehmer durch eigene Kräfte zu ersetzen?

43. Abgeordneter
Krockert
(SPD) Trifft die Annahme der Amerikaner zu, daß die Anstellung eigener Arbeitskräfte „billiger“ würde als die Weiterbeschäftigung deutscher Arbeitnehmer, und wenn nein, wird die Bundesregierung dies den Amerikanern darlegen?
44. Abgeordneter
Krockert
(SPD) Was unternimmt die Bundesregierung zur Erhaltung der Arbeitsplätze und zur Wahrung der sozialen Belange der bei den Streitkräften beschäftigten deutschen Arbeitnehmer?
45. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU) Hat der Bundesfinanzminister bei den Überlegungen der Bundesregierung über die Weiterentwicklung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes den Vorschlag eines Sachverständigenkreises der Bund-Länder-Kommission, die BAföG-Leistungen, das Kindergeld und die Ausbildungsfreibeträge zu einem einkommensunabhängigen Sockelbetrag von ca. 170 DM monatlich für jeden Studenten zusammenzufassen, unterstützt, oder bestehen beim Bundesfinanzminister Bedenken gegen diesen Vorschlag?
46. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Was kann die Bundesregierung tun, um frühzeitig der vom Bundesrechnungshof der Vereinigten Staaten vorgeschlagenen zumindest teilweisen Ersetzung der rund 67 000 deutschen Zivilbediensteten der US-Army in der Bundesrepublik Deutschland durch billigere Arbeitskräfte aus den Vereinigten Staaten entgegenzuwirken?
47. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, eine gesetzliche Regelung zu treffen, nach der bei Grundstücksankäufen zum Zweck des Natur- und Landschaftsschutzes eine Grunderwerbsteuerbefreiung erfolgen kann?
48. Abgeordnete
Frau Dr. Wilms
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der geldwerte Vorteil, der dann entsteht, wenn der Preis für Warmverpflegung der Belegschaft eines Unternehmens unter dem von der Finanzverwaltung festgesetzten steuerlichen Mindestpreis liegt, aus Bagatellgründen nicht der Lohn-, Kirchensteuer und der Sozialversicherung zu unterwerfen ist, und überlegt die Bundesregierung entsprechende Änderungen der entsprechenden Durchführungsverordnungen?
49. Abgeordnete
Frau Dr. Wilms
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß der Aufwand bei der lohnsteuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Erfassung durch die Unternehmen einerseits und bei den Lohnsteuerermessensprüfungen, Haftungsbescheiden und Vollstreckungsmaßnahmen durch die Finanzbehörden andererseits in keinem Verhältnis zu dem daraus resultierenden Lohnsteueraufkommen steht, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
50. Abgeordnete
Frau Traupe
(SPD) Treffen in der Presse wiedergegebene Behauptungen des Zentralverbands des Kraftfahrzeughandels zu, wonach ein Vorschlag der EG-Kommission aus dem Jahre 1973 zur teilweisen Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Gebrauchtwagen wegen des damit verbundenen Steuerausfalls von der Bundesregierung blockiert wurde?

51. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Treffen Presseberichte zu, die besagen, daß auf Veranlassung des amerikanischen Rechnungshofs deutsche Zivilbeschäftigte bei den US-Truppen in der Bundesrepublik Deutschland durch amerikanische Staatsbürger ersetzt werden sollen, und was will die Bundesregierung bejahendenfalls unternehmen, um die Arbeitsplätze für die deutschen Zivilbeschäftigten zu erhalten?
52. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Welche Folgen sieht die Bundesregierung für die Beschäftigung der betroffenen deutschen Arbeitnehmer, wenn die in der Bundesrepublik stationierten US-Streitkräfte der Aufforderung des amerikanischen Rechnungsbüros nachkommen, Arbeitsplätze bei den in der Bundesrepublik stationierten US-Streitkräften mit Amerikanern statt Deutschen besetzen?
53. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung den Antrag 668 des sozialdemokratischen Bundesparteitags in Hamburg berücksichtigen, der unter anderem zum Ausdruck bringt, daß „Einkommensteile, die im Jahr den Satz von 120 000 DM übersteigen, nicht mehr durch Leistung des Einkommensbeziehers, sondern durch Ausbeutung der Leistung anderer erworben werden“, und wenn ja, in welcher Weise?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

54. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, bei der EG, bei der Welthungerhilfe und auch bei ihrer eigenen Entwicklungshilfe mit Nachdruck dafür einzutreten, daß der erschreckenderweise zunehmende tödliche Eiweißmangel in den Entwicklungsländern ganz gezielt und stärker als bisher durch Lieferung von Trockenmagermilchpulver verringert wird, so wie es der Generaldirektor der FAO, Saouma, und Professor Dr. Witt in der Ernährungsrundschau (1977, Heft 12) nachdrücklich fordern, und welche Maßnahmen ist die Bundesregierung bereit zu treffen, um spürbar mitzuhelfen, daß der so verhängnisvolle Mangel von biologisch hochwertigem Eiweiß in den Entwicklungsländern gemildert wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

55. Abgeordneter
Wüster
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, den Personenkreis der Behinderten, die nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) eine unentgeltliche Beförderung im öffentlichen Personennahverkehr genießen, um diejenigen zu erweitern, die in ihrer Bewegungsfreiheit auch durch innere Leiden oder infolge von Anfällen oder von Störungen der Orientierungsfähigkeit eingeschränkt sind?
56. Abgeordneter
Wüster
(SPD) Werden von der Bundesregierung Maßnahmen erwogen, um die Einkommensgrenze nach § 81 Abs. 1 und 3 des BSHG anzuheben?

57. Abgeordneter
Müller
(Bayreuth)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß ganz im Sinne des Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes von seiten der Ärzte Möglichkeiten nachgewiesen worden sind, die durch seit zehn Jahren überprüfte, ambulant durchgeführte und zum Teil neuartige Operationsmethoden im Bereich der Allgemein-Chirurgie, der Kinder-Chirurgie, der Hals-Nasen-Ohren-Chirurgie und der Augen-Chirurgie Kosten bis zu 2 Milliarden DM jährlich einsparen würden, und ist die Bundesregierung bereit, diese mit den Zielen des Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes konform gehenden Initiativen von Arztgruppen ideelle, organisatorische und evtl. finanzielle Förderung zum Beispiel einer entsprechenden Modellklinik zu unterstützen?
58. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD)
- Was kann die Bundesregierung nach geltender Rechtslage tun oder aber dem Bundestag im Wege der Gesetzesinitiative vorschlagen, um der verbreiteten und zunehmenden Praxis von Firmen und Handwerksbetrieben entgegenzutreten, Jugendliche unmittelbar nach Ausbildungsabschluß nur deswegen nicht mehr weiterzubeschäftigen oder nicht einzustellen, weil diese den Wehrdienst noch nicht abgeleistet haben und die Firmen und Handwerksbetriebe das damit für sie verbundene Risiko nicht eingehen wollen?
59. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD)
- Welche Konsequenzen beabsichtigt die Bundesregierung aus den von der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichten Zahlen über Arbeitslosenquote, durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit und fachspezifischen Schwerpunkten bei Arbeitslosen mit Hochschulabschluß sowie aus der wachsenden Aufnahme von Hochschulabsolventen durch die private Wirtschaft zu ziehen?
60. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Auf welchen konkreten Grundlagen (welche konkretisierbaren Fälle von Überversorgung) und mit welchen konkreten Zielen (konkretisierte Vorschläge) wird durch die Bundesregierung auf der Arbeitgeberseite mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes über Veränderung in der Altersversorgung verhandelt?
61. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Identifiziert sich die Bundesregierung mit den Ergebnissen des „Treuarbeit-Gutachtens“?
62. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die zeitliche Befristung im Rahmen der Schlechtwettergeldregelung (§ 75 Abs. 2 Satz 2 des Arbeitsförderungsgesetzes) für die Arbeitnehmer der Bauwirtschaft zu unbilligen Härtefällen führt, und ist die Bundesregierung bereit, durch eine Gesetzesänderung die jahreszeitliche Begrenzung aufzuheben oder erheblich zu verlängern (z. B. bis 31. Mai)?
63. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Wie erklärt und beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß aus Kreisen von Mitbürgern, die ins Rentenalter eintreten, immer wieder Klagen kommen, daß sie monatelang warten müssen bis ihre Rentenzahlung beginnt, und was gedenkt sie zur Abhilfe zu tun?

64. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) Ist sie bereit, wenn zur Überwindung der Wartezeit Kredite aufgenommen werden müssen, dafür zu sorgen, daß die Rentenversicherung die Kosten für diese Kredite ersetzen?
65. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Denkt die Bundesregierung daran, die Gleichstellung aller Schwerbehinderten dadurch zu erreichen, daß sie auch geistig Behinderten die Möglichkeit der unentgeltlichen Beförderung im Personennahverkehr eröffnet sowie ihnen auch im Fernverkehr die anderen Behindertengruppen gewährten Tarifvergünstigungen zugänglich macht?
66. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel und welche Zeitungsunternehmen bisher von den Warnstreiks im Rahmen der Auseinandersetzungen um einen neuen Tarifvertrag über die neuen Techniken betroffen sind, und hat die Bundesregierung auf Grund der ihr vorliegenden Informationen Erkenntnisse darüber, inwieweit sich diese Warnstreiks gegen Zeitungsunternehmen und Redaktionen mit einer bestimmten politischen Tendenz gerichtet haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

67. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen hat die Umwandlung der Fachhochschule des Heeres in Darmstadt zu einer Fachschule für Technik und Wirtschaft für den Stellenplan dieser Einrichtung in den nächsten Jahren?
68. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß von Vertretern des Bundesverteidigungsministeriums in Gesprächen mit dem Personalrat der Fachhochschule des Heeres in Darmstadt eine Übernahme von zivilen Dozenten an andere Fachhochschulen der Bundeswehr, wie z. B. München, in Aussicht gestellt wurde, und in welchen Fällen ist dies bereits erfolgt?
69. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) Darf davon ausgegangen werden, daß die zivilen Dozenten der Fachhochschule des Heeres Darmstadt eine berufliche Qualifikation haben, die ihre weitere Verwendung an einer Fachhochschule des Heeres geboten erscheinen läßt?
70. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) Standen der Übernahme dieser Dozenten in der Vergangenheit Hinderungsgründe entgegen, und wie können oder sollen diese gegebenenfalls in den nächsten Jahren überwunden werden?
71. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Denkt der Bundesverteidigungsminister, eine Überprüfung der zur Zeit geltenden Erschwerniszulagenverordnung vorzunehmen, nachdem der Deutsche Bundeswehrverband auf seiner 10. Hauptversammlung einstimmig gefordert hat, die Erschwerniszulage für Berufssanitätsoffiziere wieder nach den früheren Bestimmungen zu gewähren, und wenn ja, welche konkreten Schritte wird er unternehmen?
72. Abgeordneter
Schreiber
(SPD) Liegen der Bundesregierung Zahlen über die Entwicklung der Eigentums- sowie der Körperverletzungs- und anderer Gewaltdelikte von Soldaten in der Bundeswehr vor?

73. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, der Forderung des Deutschen Bundeswehrverbands Rechnung zu tragen und die Forderung nach dem Wegfall des Pauschalzuschlags zu erfüllen, nachdem ein Zuschlag für Personal- und Sachkosten zum Verpflegungsgeld für alle Zeit- und Berufssoldaten zum 1. November 1977 eingeführt worden ist, die freiwillig an der Truppenverpflegung teilnehmen?
74. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, von der bestehenden Verordnung abzugehen, um Zivilbediensteten bei der Bundeswehr ausgesonderte Bekleidungsstücke — insbesondere Parkas — gegen Beleg als zusätzliche Schutzbekleidung für dienstliche Zwecke zur Verfügung zu stellen, oder daß die Zivilkräfte und auch interessierte Soldaten für privaten weiteren Bedarf die ausgesonderten Stücke, bevor sie der VEBEG zur weiteren Veräußerung auf dem freien Markt übergeben werden, auf dem Dienstweg käuflich erwerben können, um so den Angehörigen der Bundeswehr zusätzliche Kosten zu ersparen?
75. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Anflugkorridor für den NATO-Flugplatz Pferdsfeld so verlegt werden soll, daß der Endanflug im Raum Langenlonsheim beginnt und damit der schmale Durchflugkorridor über der Stadt Bingen, vor allem vom rechten Queranflug, noch stärker als bisher belastet werden wird?
76. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung angesichts der bisher bereits unerträglichen Lärmbelästigung der Binger Bevölkerung eine Möglichkeit, diese zusätzlich drohenden Beschwerden durch andere Anflugsalternativen zu vermeiden, und welche anderen Anflugmöglichkeiten für den NATO-Flugplatz Pferdsfeld kommen für diesen Fall in Betracht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

77. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU)
- Aus welchem Grund ist das Gaststättengewerbe von der Vorschrift des § 10 der Hackfleisch-Verordnung ausgenommen, wonach die der Verordnung unterliegenden Erzeugnisse nur unter der Aufsicht einer sachkundigen Person hergestellt werden dürfen?
78. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung dafür sorgen, daß der Nachweis der Sachkunde künftig vor Erteilung der Gaststättenerlaubnis erbracht werden muß?
79. Abgeordneter
Dr. Blüm
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Vorschläge des beratenden Verbraucherausschusses der Europäischen Gemeinschaft zur Verminderung von Todesfällen und gesundheitlichen Schädigungen auf der ersten Europäischen Gesundheitsministerkonferenz oder im Ministerrat als Beschlußvorlage einzubringen?

80. Abgeordneter
Müller
(Mülheim)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung an den Gremien der Konferenz der für das Gesundheitswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder beteiligt, und wenn ja, wird dort ein Votum zu der Frage vorbereitet, ob die Ausübung der Heilkunde allein vollmedizinisch ausgebildeten Personen vorbehalten bleiben sollte, und welche Haltung nimmt die Bundesregierung gegebenenfalls zu der aufgeworfenen Fragestellung in der Konferenz ein?
81. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung angesichts des Umstands, daß in jüngster Zeit innerhalb der Suchtmittelszene festgestellt werden muß, daß Präparate wie Valoron, Valium, Mandrax und Polamidon mit Hilfe von Rezepten verstärkt durch Drogenabhängige erworben werden, den Zugang zu diesen Mitteln dadurch zu erschweren, daß die genannten Präparate in die Liste der in § 1 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b des Betäubungsmittelgesetzes genannten Stoffen gleichgestellten Stoffe aufgenommen werden, und wenn nein, welche anderen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung, zur Einschränkung des Mißbrauchs dieser Präparate zu ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

82. Abgeordneter
Hölscher
(FDP)
- Trifft es zu, daß für den Ausbau der Bundesautobahn A 8 im Streckenabschnitt Albaufstieg die Finanzmittel zwar vorhanden sind, mit dem Bau aber nicht begonnen werden kann, weil die Planung des Landes Baden-Württemberg nicht abgeschlossen ist, und was wird die Bundesregierung gegebenenfalls tun, um die unerträglichen Verhältnisse am Albaufstieg Aichelberg so schnell wie möglich einer Lösung zuzuführen?
83. Abgeordneter
Dr. Hornhues
(CDU/CSU)
- Ist es beabsichtigt, im Bereich Osnabrück den Personenschienenverkehr auf den Strecken Osnabrück—Brackwede, Osnabrück—Delmenhorst und Osnabrück—Oldenburg einzustellen, und welche Konsequenzen würde gegebenenfalls dies für die im Bereich Osnabrück wohnenden Bediensteten der Deutschen Bundesbahn haben?
84. Abgeordneter
Dr. Hornhues
(CDU/CSU)
- Welche Aufgaben sind dem Bereich Osnabrück (Hbf) der Deutschen Bundesbahn mit welchen Personal Konsequenzen in den letzten Jahren genommen worden?
85. Abgeordneter
Dr. Hornhues
(CDU/CSU)
- Welche Aufgaben sollen noch genommen werden, und welche Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die „Gewinnsituation“ der Deutschen Bundesbahn sind bisher eingetreten?
86. Abgeordneter
Helmrich
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Bundesbahndirektion Hamburg, daß am Rangierbahnhof Maschen und an der Güterumgehungsbahnstrecke Maschen-Jesteburg-Buchholz die Anlieger kein Recht auf Errichtung angemessener Lärmschutzmaßnahmen haben, soweit sie im Planfeststellungsverfahren keine oder im Verfahren für „erledigt erklärte“ Bedenken erhoben haben?

87. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung in der Angelegenheit „Brückenmeisterei im Bereich der Bundesbahndirektion Hannover“ auf Anfragen der Abgeordneten Jahn (Braunschweig) und Dr. Köhler (Wolfsburg) zunächst die Auskünfte gab, daß eine Entscheidung über den zukünftigen Standort nicht gefallen sei und die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen noch andauerten, und daß sie dem Abgeordneten Kühbacher (Braunschweig) wenig später mitteilte, daß ursprünglich beabsichtigt worden war, die Brückenmeisterei tatsächlich in Lehrte bei Hannover für 12 Millionen DM zu errichten, daß man aber inzwischen aus wirtschaftlichen und arbeitsplatzpolitischen Gründen sich entschlossen habe, die sächlichen und personellen Mittel des stillgelegten Ausbesserungswerks in Braunschweig für die Brückenmeisterei zu nutzen?
88. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU)
- Wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, das Zustandekommen dieser Unstimmigkeiten bei der Information von Abgeordneten zu untersuchen und für die Verhinderung weiterer Fälle in Zukunft Sorge zu tragen?
89. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU)
- Wann rechnet die Bundesregierung mit der Vorlage des von ihr angeforderten Zusatzgutachtens zur endgültigen Klärung der Linienführung der Autobahn A 60 Lüttich — Rhein-Main-Gebiet im Bereich des Nahraums?
90. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- Sind Informationen zutreffend, daß der Bundesverkehrsminister nach entsprechenden Zusagen des Parlamentarischen Staatssekretärs Haar bereit ist, sich im Rahmen einer Maßnahme des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes an der Finanzierung des Umbaus des Bahnhofsvorplatzes von Singen (Hohentwiel) zu beteiligen, und kann nach der hierfür erforderlichen Zustimmung der Landesregierung von Baden-Württemberg damit gerechnet werden, daß mit dem Beginn des Umbaus des Bahnhofsvorplatzes noch im Jahr 1978 begonnen wird?
91. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß als Alternative zum Neubau eines Rangierbahnhofs München-Nord der Ausbau des bestehenden Rangierbahnhofs im Raum München erwogen wird, und in welchem konkreten Stadium befinden sich gegebenenfalls solche Erwägungen?
92. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Ist insbesondere bereits ein Kostenvergleich der bestehenden Anlagen und Neubau eines Rangierbahnhofs München-Nord mit welchem Ergebnis bestellt worden?
93. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CDU)
- Zu welchem Ergebnis haben die nochmaligen Überprüfungen bezüglich der Standortfrage des geplanten Rangierbahnhofs in München-Nord geführt?
94. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CSU)
- Haben Vorschläge, die darauf abzielen, diesen geplanten Rangierbahnhof im Bereich Augsburg anzusiedeln, Aussicht auf Realisierung, und wie begründet die Bundesregierung ihre Entscheidung?

95. Abgeordneter **Francke**
(Hamburg)
(CDU/CSU) Bedeutet die Benutzung der Auslandskennziffer 0037 bei der Einführung des vollautomatischen Fernsprechverkehrs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik gleichzeitig, daß die Gespräche zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik nach dem generellen Gebührensatz für Auslandsgespräche, und zwar durchgehend während der Tages- und Nachtzeit abgerechnet werden?
96. Abgeordneter **Dr. Jahn**
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, bei der Einführung des neuen Zeittaktsystems für Telefonortsgespräche den alten Bürgern, für die das Telefon nicht nur eine Nachrichtenverbindung darstellt, sondern eine entscheidende Brücke zu menschlicher Verbindung, die Möglichkeit zu erhalten, Ortsgespräche in unbegrenzter Zeit führen zu können?
97. Abgeordneter **Dr. Jahn**
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten — falls sich eine technische Lösung dieses Problems nicht ergibt —, ein soziales Verrechnungssystem der Telefonkosten dieser alten Bürger einzuführen?
98. Abgeordneter **Lintner**
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost 1975 aus finanziellen Gründen den Bau von Schutzräumen ohne zeitliche Begrenzung de facto eingestellt hat, und wenn ja, warum nimmt der Bundespostminister unwiederbringliche Chancen für die Errichtung von Personenschutzräumen nicht wahr, obwohl die Deutsche Bundespost inzwischen Milliardengewinne erzielt?
99. Abgeordneter **Lintner**
(CDU/CSU) Wann wird der Bundespostminister die de facto Einstellung des Personenschutzraumbaus im Bereich der Deutschen Bundespost aufheben und das alte Schutzraumbaukonzept wieder in Kraft setzen?
100. Abgeordneter **Ey**
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung zusichern, daß es bei der Einführung von Fernkopierern (Telefax) bei der Deutschen Bundespost nicht zu monopolartigen Entwicklungen kommt (s. Wirtschaftswoche vom 25. November 1977)?
101. Abgeordneter **Sick**
(CDU/CSU) Welche Erfahrungen hat die Deutsche Bundespost mit der Einführung von Euroschecks mit dieser Einrichtung gemacht?
102. Abgeordneter **Sick**
(CDU/CSU) Kann die Deutsche Bundespost konkrete Einzelheiten über die Entwicklung und den heutigen Stand der Sache geben?
103. Abgeordneter **von Hassel**
(CDU/CSU) Hat die Deutsche Bundespost mit Einführung des Euroschecks in diesem Geschäftszweig Verluste erlitten, und wenn ja, in welchem Umfang?
104. Abgeordneter **von Hassel**
(CDU/CSU) Hat die Deutsche Bundespost die Absicht, nach bisherigen Erfahrungen in diesem Geschäftszweig Änderungen vorzunehmen, und wenn ja, welche?

105. Abgeordneter
Petersen
(CDU/CSU)
- Welche Ministerien, Behörden, Ämter und Dienststellen auf Bundesebene haben sich mit dem bis heute noch nicht begonnenen Neubau des Postamts in Leonberg befaßt, nachdem vor 15 Jahren ein Grundstück von der Deutschen Bundespost gekauft wurde und seitdem fünf Bundespostminister festgestellt haben, daß das alte Postamt weder für die Kunden noch für die Bediensteten zumutbar ist?
106. Abgeordneter
Petersen
(CDU/CSU)
- Welche Gesetze, Verordnungen, Bestimmungen, Auflagen und Anweisungen müssen für den Neubau des Postamts Leonberg beachtet werden, und welche Chance sieht die Bundesregierung dafür, daß ein neues Postamt in Leonberg noch vor dem Jahr 2000 eingeweiht wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

107. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Duisburg)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung ihrer Ankündigung in den Antworten zu den Fragen des Abgeordneten Dr. Voss (Anlage 24 zum Stenographischen Bericht über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 21. April 1977) und meiner eigenen (Anlage 129 zum Stenographischen Bericht über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 5. Mai 1977), eine Verordnung zum Gesetz zur Einsparung von Energie in Gebäuden zu erlassen, in der „eine meßtechnische Ausstattung zur Verbrauchserfassung“ vorgeschrieben ist, noch in dieser Heizperiode nachkommen oder, wenn das nicht der Fall sein sollte, die Gründe für die nicht unerhebliche Verzögerung nennen?
108. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die Bundesbehörden, die in Krisen- und Kriegszeiten lebens- und verteidigungswichtige Aufgaben zu erfüllen haben (wie z. B. die Deutsche Bundespost) in Erfüllung ihrer Fürsorgepflicht als Dienstherren für ihr Personal Schutzräume zu erstellen haben, und stimmt die Bundesregierung der Ansicht zu, daß sie durch diesen Schutzraumbau nicht nur den Länder- und Kommunalverwaltungen, sondern auch den privaten Bauherren ein nachahmenswertes Beispiel gäbe?
109. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung ferner die Ansicht, daß sie durch diese Maßnahmen dazu beitragen würde, insbesondere in der mittelständischen Industrie Arbeitsplätze zu erhalten bzw. neue zu schaffen, und daß dieser Schutzraumbau in hervorragender Weise geeignet ist, das einschlägige Know-how, insbesondere in der Lüftungstechnischen Industrie, zu erhalten und der sich ständig verändernden Technologie entsprechend weiterzuentwickeln, wogegen es — einmal verloren — in Notfällen nicht mehr im erforderlichen Maß kurzfristig zur Verfügung stünde?
110. Abgeordneter
Engelhard
(FDP)
- Liegen der Bundesregierung Erfahrungswerte darüber vor, in welchem Umfang bei der heutigen Altbaumodernisierung auch rationelle Fertigelementverfahren angewandt werden, z. B. mit industriell vorgefertigten Sanitäreinheiten (wie Bäder, WCs, Dusch-/Naßraumzellen) oder mit Fertigwänden,

- und ist die Bundesregierung bereit, durch Modellprojekte untersuchen zu lassen, inwieweit solche Fertigblockverfahren eine zeit- und kostensparende Modernisierung ermöglichen und gleichzeitig verhindern können, daß Mieter während des Umbaus umgesetzt werden müssen?
111. Abgeordneter
Schreiber
(SPD) Aus welchen Städten und Kreisen des Bergischen Lands liegen der Bundesregierung Anträge zur Finanzierung von Maßnahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen — Investitionsbereiche Historische Stadtkerne, Infrastruktur, Betriebsverlagerungen und Ersatzwohnungsbau, Aus- und Umbau — vor, nachdem das Land Nordrhein-Westfalen das Auswahlverfahren abgeschlossen hat?
112. Abgeordneter
Schreiber
(SPD) Welche Projekte wurden genehmigt, und welche Anträge wurden abgelehnt?
113. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Städte zunehmend Schwierigkeiten haben, Grundstücke für mit Grünanlagen verbundenen Kinderspielplätze zu beschaffen, da umliegende Haus- und Wohnungseigentümer nicht nur die „Wertminderung“ ihrer Grundstücke in Kauf nehmen haben, sondern laut Erschließungsbeitragsrecht sich zusätzlich mit Umlagen an den Kosten für die Kinderspielplätze zu beteiligen haben, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die vorgenannten Regelungen des Erschließungsbeitragsrechts der ohnehin verbreiteten Kinderfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland Vorschub leisten, und denkt sie aus diesen übergeordneten politischen Gesichtspunkten an eine Änderung dieser Punkte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

114. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Wer ist für die Gestaltung des „Berlinkalender 1978“, der im Auftrag von dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen an alle Bundestagsabgeordneten übersandt worden ist, verantwortlich, und ist die Bundesregierung der Auffassung, in diesem Kalender nicht nur die Schönheiten Berlins darzustellen, sondern auch die traurigen Realitäten, wie zum Beispiel die Berliner Mauer, zu zeigen?
115. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung die Prüfungsliste des Unterausschusses Zonenrandförderung des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen zur Förderung des Zonenrandgebiets, die folgende Vorschläge enthält, Erhaltung des bisherigen Präferenzgefälles zugunsten des Zonenrandgebiets bei den Abschreibungsmöglichkeiten, Erhöhung der Investitionszulage im Zonenrand bzw. Ausklammerung des Kumulierungsverbots bei der technologischen Investitionszulage (§ 4 des Investitionszulagengesetzes) für kleinere und mittlere Betriebe?
116. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP) Welche Folgerungen wird die Bundesregierung daraus ziehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

117. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Welches waren die Gründe für die Vergabe des Forschungsprojekts Nr. 3976 „Arbeitsorganisatorische Innovationen als Qualifizierungsprozesse von Industriearbeitern, Modellversuche zur Entwicklung und Erprobung arbeitsorganisatorischer Alternativen durch Industriearbeiter“ an die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg, mit einem Zuwendungsvolumen von 1,38 Millionen DM, und wer hat die Vergabe im einzelnen geprüft?
118. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Welche Forschungsförderungsbeträge hat die Friedrich-Ebert-Stiftung seit 1969 seitens der Bundesregierung erhalten, differenziert nach Forschungsprojekt, Sachgegenstand und Zuwendungsbetrag?
119. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung das Uranvorkommen im Schwarzwald nach Umfang, Abbaubarkeit und wirtschaftlicher Bedeutung für die Energieversorgung?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

120. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD) Welche Konsequenzen beabsichtigt die Bundesregierung aus der sich in verschiedenen Bundesländern abzeichnenden Stagnation der Studentenzahlen im Wintersemester 1977/78 zu ziehen?
121. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, an wieviel und an welchen Hochschulen im Rahmen des von der „Vereinigten Deutschen Studentenschaft“ (VDS) ausgerufenen Vorlesungsboykotts Organe der Verfaßten Studentenschaft oder politische Studentenorganisationen eine sogenannte „Demokratische Gegenhochschule“ ausgerufen und ein entsprechendes Vorlesungsprogramm durchgeführt haben, und waren dabei nach dem Wissensstand der Bundesregierung neben dem MSB Spartakus und dem „Sozialistischen Hochschulbund“ (SHB) auch Juso-Hochschulgruppen und der FDP-nahe „Liberale Hochschulverband“ beteiligt?
122. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Welche Fälle sind der Bundesregierung bekannt, in denen sich Hochschullehrer am Vorlesungsboykott der „Vereinigten Deutschen Studentenschaft“ (VDS), insbesondere an Veranstaltungen der „Demokratischen Gegenhochschule“, aktiv beteiligt haben?

Bonn, den 9. Dezember 1977